

Geld für neue Beratungsstelle für Behinderte

TEILHABE Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert Projekt mit 94 000 Euro

DELMENHORST/EB – Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fördert mit rund 94 000 Euro ab Anfang April dieses Jahres bis Ende 2020 eine Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung in Delmenhorst. Damit trägt der Bund knapp 90 Prozent der Gesamtkosten. „Ich freue mich über die Gelder vom Bund für dieses völlig neue Beratungsangebot bei uns in Delmenhorst“, so die Delmenhorst SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag in einer Pressemitteilung. Freude auch bei der CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen aus Ahlhorn: „Die Teilhabe von

Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben ist eine wichtige Zielsetzung“, teilt sie mit. Das Angebot, das es in dieser Form bislang nicht gibt, sichert eine gänzlich unabhängige Beratung.

Ermöglicht wird dies durch die Änderung des Bundesteilhabegesetzes, mit der Anfang 2017 die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe ins Sozialgesetzbuch IX überführt wurde. Somit wurde ein klarer Leistungsanspruch statt des veralteten Fürsorgegedankens eingeführt und die Situation für 700 000 Berechtigte in Deutschland verbessert. Insgesamt werden bundesweit 60 Millionen Euro in den Aufbau

unabhängiger Beratungsstellen investiert.

Das Ziel ist, Menschen mit Behinderung und von Behinderung bedrohte Menschen bei einer eigenständigen und ihren Wünschen entsprechenden Lebensplanung und -gestaltung zu unterstützen. Sie bekommen über die Stelle künftig einen besseren und kostenlosen Zugang zu Informationen und Orientierung.

Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Beratungsmethode des „Peer Counseling“, also einer Beratung von Betroffenen durch Betroffene. Dabei soll die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der leistungsberechtigten Men-

schen sowie die individuelle Lebensgestaltung gestärkt werden. Die Beratung soll auch zu Hause bei den Ratsuchenden möglich sein. Vorteil dabei ist, dass etwaige Barrieren sofort festgestellt und so besser beseitigt werden können.

Im Zuge des Projektes sollen zudem ehrenamtliche Multiplikatoren, möglichst ebenfalls Menschen mit Behinderung, geschult und eingesetzt werden. „Der Gedanke der gegenseitigen Unterstützung von Menschen mit Behinderung kann Vorbild für andere Beratungsangebote vor Ort sein“, ist sich Susanne Mittag sicher.